

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 3

Erscheint jeden Mittwoch
Redaktionsdruck Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile Mk. 1, für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Internationales Arbeiterrecht.

I.

Als 1914 plötzlich der Krieg über die Völker Europas hereinbrach, da stürzten alle Brücken ein, die vorher die geistigen Verbindungen von Volk zu Volk dargestellt hatten. In den vorhergehenden Jahrzehnten hatten auf den verschiedenartigsten Gebieten des geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens vielfache Annäherungen, Erörterungen und Verständigungen zwischen den Vertretern der einzelnen Völker stattgefunden. Es gab einen Weltpostverein, der wöchentlich in den verschiedenen Hauptstädten der europäischen Länder tagte, bei welchen Zusammenkünften die postalischen Vertreter der meisten europäischen und außereuropäischen Länder die großen Fragen des Weltverkehrs erörterten und internationale Vereinbarungen trafen. Es gab wissenschaftliche Kongresse, die von den hervorragendsten Gelehrten aller Länder besucht wurden und auf denen ein reger Austausch der Meinungen schließlich zu einer vielfachen Annäherung auf geistigen und praktischen Gebieten führte. Für Industrie und Handel waren im internationalen Verkehr zahlreiche Verührungspunkte gegeben, und die wirtschaftlichen Interessen sowie die Notwendigkeiten der fortschreitenden Entwicklung des Weltverkehrs und Weltverkehrs führten hier von selbst zu einer persönlichen Annäherung der Betriebsleiter und der Vertreter des Handels.

Aber auch zwischen der Arbeiterschaft der meisten Kulturländer hatten sich gewisse internationale Annäherungs- und Verständigungsmöglichkeiten herausgebildet, indem auf den internationalen Kongressen die politischen und gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiter zur Erörterung der Arbeiterfragen, der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zusammentraten.

Auf allen diesen Kongressen, waren sie wissenschaftlicher, wirtschaftlicher oder verkehrstechnischer Art, ist für die Kulturmenschen manche Arbeit von hohem Wert geschaffen worden, und manche internationalen Vereinbarungen, namentlich auf dem Gebiete des Verkehrswezens, haben zweifellos für alle beteiligten Völker einen hoch zu veranschlagenden wirtschaftlichen Nutzen mit sich gebracht.

So hat vor dem Kriege auf den verschiedenartigsten Gebieten des Völkerverkehrs zweifellos ein zielbewußter, zur Verständigung und zum Ausgleich der Interessen führender Internationalismus manche geistigen Verührungspunkte und manche vorteilhaften Vereinbarungen geschaffen. Und es muß hier besonders darauf hingewiesen werden, daß es nicht nur die Vertreter des geistigen Lebens und der oberen Gesellschaftsschichten waren, die eine internationale Fühlungnahme suchten und verwirklichten, sondern daß die Idee der internationalen Verständigung und Verbrüderung ganz besonders in der Arbeiterschaft stark verbreitet war und hier als eine der ersten und wichtigsten politischen Forderungen galt.

Aber die Tatsache läßt sich man einmal nicht wegleugnen, daß alles, was vorher irgendwie zu einer Annäherung der Völker geführt, zu einer internationalen Verständigung gedient hatte, bei Ausbruch des Krieges plötzlich abgebrochen und zerstört war und daß der Internationalismus in jeder Form von der Katastrophe des Zusammenbruchs ereilt wurde. Auch der Arbeiterinternationalismus! Der Nationalismus hatte sich unter den Wirkungen der Kriegshysterie in allen Ländern zur nationalistischen Verhetzung gesteigert und die Völker in einen Haß und in eine Kriegsbegeisterung hineingekehrt, die bei objektiver Betrachtung doch jeder Notwendigkeit und Logik entbehren. Aber das Bedauern über diese Notwendigkeit hilft uns nicht über die historische Tatsache hinweg, daß bei Ausbruch des

Krieges alle internationalen Annäherungsmöglichkeiten plötzlich vernichtet worden, daß auch die Arbeiter der kriegsführenden Völker überwiegend auf nationalistischem Boden und sich als Feinde gegenüberstanden.

Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß der Internationalismus auf der ganzen Linie zusammenbrach und der Nationalismus scheinbar unüberwindliche Schranken zwischen den feindlichen Völkern zog.

Der Krieg hat nun mit unserer Niederlage geendet, und bis jetzt liegen kaum irgendwelche Anzeichen dafür vor, daß bei den Siegern eine Neigung besteht, sich uns auf politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gebieten anders als in der Eigenschaft des fordernden und beherrschenden Siegers zu nähern. Muß Deutschland für alle Zukunft die Hoffnung auf geistigen Verkehr, auf Güteraustausch und auf ein erträgliches politisches Verhältnis mit den andern Völkern aufgeben? Soll das unheilvolle Wort aus der Antike: „Wehe den Besiegten!“ auch heute noch eine Berechtigung haben?

Der Krieg hat in vielfältiger Weise den Beweis erbracht, daß wir in unsern wirtschaftlichen Lebensbedingungen auf den Güterverkehr mit der Außenwelt dringend angewiesen sind, daß wir Ein- und Ausfuhr für Rohstoffe und Fertigwaren haben müssen, um unser Volk von 70 Millionen lebenskräftig erhalten zu können. Würden wir dauernd von der Außenwelt und vom internationalen Verkehr so abgeschnürt werden, wie es seit Kriegsbeginn bereits geschah, so würden wir auf allen Gebieten unseres wirtschaftlichen Lebens verkommen, Armut und Verelendung würden mehr und mehr um sich greifen, und es braucht nicht noch ausführlich erörtert zu werden, daß besonders die deutsche Arbeiterschaft unter einem solchen Zustand der Rückwärtsentwicklung zu leiden hätte.

Wer nicht alle Hoffnung auf die deutsche Zukunft aufgibt, muß daher an dem Glauben einer kommenden Verständigung und wirtschaftlichen Annäherung der gegeneinander gehetzten Völker festhalten und seinerseits alles tun, was zu einer Fühlungnahme und Wiederaufnahme der früheren Beziehungen führen kann. Ganz besonders erwächst hier der Arbeiterschaft und ihren Führern eine wichtige und dringende Aufgabe.

Und zum Glück erweist sich jetzt, nachdem die Waffen ruhen, daß der Krieg nicht alle Möglichkeiten für eine internationale Kulturgemeinschaft vernichtet hat, daß der Internationalismus nicht so ganz hoffnungslos am Boden liegt, wie es unter den Einwirkungen der Kriegshysterie den Anschein hatte. Die ersten leisen Möglichkeiten für eine spätere zwischen den feindlichen Völkern sich entwickelnde Annäherung regen sich, und daß die Anregungen hierzu von der Arbeiterschaft aller Kulturländer ausgehen, ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiterfrage eine Weltfrage von überragender Bedeutung ist. Trotz aller nationalistischen Verhetzung, die zeitweilig, wie dieser Krieg bewies, allerdings arge Verstimnungen und Entfremdungen zeitigen kann, werden die Arbeiter aller Länder doch immer wieder zu der Erkenntnis kommen, daß sie in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Lebensfragen auf dem Boden gemeinsamer Interessen stehen, und daß eine solidarische internationale Interessensvertretung notwendig ist, um dem internationalen Kapitalismus gegenüber die Lebensbedingungen der Arbeiter in allen Ländern zu schützen und zu bessern. Wenn diese Erkenntnis sich in der Arbeiterschaft allenthalben weiterhin vertieft und erweitert, so ist damit auch die Möglichkeit der Vermeidung von Kriegen gänzlich in weit stärkerem Grade gegeben, als es in der Vergangenheit der Fall war. Und nach der gewaltigen Erschütterung, die der Krieg im Leben aller beteiligten Völker zeitigte, namentlich aber im Hinblick auf die politische Entwicklung in Deutschland, besteht eine starke Wahrscheinlich-

keit dafür, daß die Völker, insbesondere aber auch die Arbeiter-schichten, in Zukunft bei der Entscheidung über Krieg und Frieden ein härteres Wort mitzureden haben werden als bisher.

Jetzt aber gilt es, auf den Trümmern des Krieges neues Leben aufzubauen, die zerstörten Beziehungen der Völker wieder anzuknüpfen, einen neuen Internationalismus auf allen Gebieten des geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens aufzurichten und von den Regierungen aller Länder Maßnahmen zu verlangen, die der Tatsache entsprechen, daß die Arbeiter der ganzen Welt gemeinsame sozialpolitische Forderungen haben. Die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft drängen zum Verhandlungstisch, an dem die Verständigung und die internationale Vereinbarung in gewissen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen erzielt werden muß.

Es ist eine unabweisliche Notwendigkeit, daß den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft bei den kommenden Friedensverhandlungen Rechnung getragen wird, und daß die vertragschließenden Mächte in den Fragen des Arbeiterrechts und der sozialpolitischen Gesetzgebung dort zu einer Verständigung kommen, wo eine internationale Basis und eine gewisse Gleichartigkeit der Entscheidungen und Maßnahmen möglich ist.

Trotz der Verwirrung und Bedrängnis des Krieges sind die Vorarbeiten zur Lösung dieser Fragen schon beträchtlich vorgeschritten, und es liegt hierzu der folgende Sachverhalt vor:

Die Forderung nach einem „Weltarbeiterrecht“ ist von den Arbeiterorganisationen schon vor dem Kriege erhoben worden, und trotz allen durch den Krieg verursachten Störungen haben sich die Arbeiterverbände nicht nur weiterhin mit dieser Frage beschäftigt, sondern es liegen vielmehr Beweise dafür vor, daß gerade unter den Einwirkungen des Krieges in der Arbeiterschaft der ganzen Welt sich die Erkenntnis für die Notwendigkeit der Schaffung eines Weltarbeiterrechts und für internationale sozialpolitische Maßnahmen erheblich gefestigt hat. So haben schon zu Beginn des Weltkrieges die amerikanischen Gewerkschaften die Forderung erhoben, daß die Arbeiterschaft ihre sozialpolitischen Interessen beim Abschluß des Friedens geltend machen müsse. Dieses Verlangen ist von der Arbeiterschaft aller Länder, der Entente sowohl wie der Mittelmächte und der Neutralen, aufgenommen worden. Es liegen starke Anzeichen dafür vor, daß die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten und Englands gewillt ist, bei den Friedensverhandlungen ihre Stimme zur Geltung zu bringen. Was die Arbeiter der genannten Länder wollen, ist in den Programmen von Leeds und Bern zum Ausdruck gebracht. In Frankreich hat die sozialistische Mehrheitspartei für die bei den Friedensverhandlungen zu vertretende Sozialpolitik die folgenden, sich an die Programme von Leeds und Bern anschließenden Forderungen aufgestellt:

- A. Proklamation des Willens der Vertragsmächte, durch eine internationale Gesetzgebung zu verwirklichen: Menschliche Arbeitsbedingungen durch Schutz des allgemeinen und gewerblichen Unterrichts der Kinder, der Mutterkraft, des Familienlebens, der physischen und moralischen Gesundheit und durch Entwicklung der Bevölkerung. Folglich spricht sich der Friedensvertrag aus:
 1. Für die Reformen, die die Konferenz von Bern im Jahre 1913 angenommen hat: Unterdrückung der Nacharbeit der jungen Industriearbeiter, die Festsetzung des Gehältsuntermaßes für die Frauen und für die jungen in der Industrie beschäftigten Arbeiter.
 2. Die unter B vorgesehene internationale Arbeiterkonferenz prüft folgende Reformen: Verbot der Lohnarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Beschränkung des Arbeitslozes für Erwachsene, sofortige Einstellung des

Kaffeeplantagen in den Tag und Nacht arbeitenden Fabrikern und in den Bergwerken, in jeder Woche eine Aushilfsweise von einundzwanzig Tagen, Organisation und Gegenseitigkeit der Krankenversicherung, Unfall- und Altersversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Arbeiterschutzgesetzgebung, Gleichheit des Lohnes und der Arbeitsbedingungen zwischen ausländischen und inländischen Arbeitern.

B. Einrichtung einer periodischen internationalen Arbeitskonferenz zwischen den Vertragsmächten, zu der die Staaten, die den Vertrag nicht unterzeichnet haben, Zutritt haben, und welche Delegierte der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen umschließt.

Der Zweck dieser Konferenz soll sein, durch farbtretende Verträge die internationale Arbeitergesetzgebung zu entwickeln. Sie hat aus sich heraus eine Kommission oder einen Schiedsgerichtshof zu bilden, vor den alle sich ergebenden Streitigkeiten zwischen den Vertragsnationen über die Anwendung des Übereinkommens zu bringen sind. Im Hinblick auf diese von Arbeitern der gegnerischen Länder aufgestellten Forderungen haben die deutschen Arbeiter ein hohes Interesse an der Frage, wie das sozialpolitische Programm Deutschlands auf dem Friedenskongress aussieht. Ueber dieses Programm und seine Aussichten soll in einem zweiten Aufsatz weiter gesprochen werden.

Die Verschleppungstaktik des Germaniabundes.

Es fällt manchen Lesern ungewohnt schwer, der Neuzeit Konzessionen zu machen und gegenüber der Tatsache, daß man es früher nicht nötig hatte, sich groß um die Forderungen der Arbeiterklasse zu kümmern, ist es schließlich festgestellt, daß auch die Herren, die die Geschicke des Bäderinnungsverbandes Germania leiten, sich so gut als möglich dagegenstemmen, uns uns, dem wenig beliebigen Zentralverband der Bäcker und Konditoren, weitgehend und kostende Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzugehen. Aber der Selbstlauf ist nun einmal in gewolltes Rollen gekommen, und da müssen wir die Herren schon erziehen, um bei den Tatsachen abzugeben und ihre Forderungen gegen Verhandlungen mit der Arbeiterklasse und dergleichen Dinge zurückzubringen; sie mögen endlich etwas Dampf hinter die Angelegenheit, die nun schon seit Wochen zwischen den beidenseitigen Generalsekretären "Schäfer", machen! Um so mehr, da doch auch der Vertreter des Arbeitgeberverbandes für das Bädergewerbe sich mit den gegenwärtigen Verhältnissen abfindet und im November des Vorjahres sport den allgemeinen Grundriss für zentrale Arbeitsverträge gestrichelt. Und um so muß auch, als inzwischen eine ganze Reihe von Januarsägen sich ohne weiteres für ihre Bezirke auf Vereinbarungen mit uns einstellen. Denn von uns zuerst aufgestellten ganz allgemeinen Grundrissen stimmte allerdings auch die Germania mit zu; eine arge Verschleppungstaktik fehlte aber ein, die bekannt wurde, daß wir nicht nur Abmachungen für die Zeit der Demobilisierung und für die Zeit der Umstellung der aus dem Felde Zurückgeführten wünschten, sondern daß wir auch für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im allgemeinen zentrale und dauernde Grundrissen schaffen wollten, um vor allem den rückständigeren Januarsägen den Zugang zum Abschluß von Tarifverträgen zu erleichtern zu können. Da zog man in Berlin die Säure locus und fing an, Ausschläge zu machen. Jetzt müßten wir man uns unterließe, erst die Vorsitzenden der Zweigverbände ihrer Vorstände befragen, und dies werde eine Antwort weiter bringen. Aus den von den Januarsägen bisher eingelaufenen Antworten sei, wie man weiter schreibt, nur zu erkennen, daß einige der Herren die Grundrissen demangehen, andere sie ganz ablehnen, und da eine Sitzung des Gesamtverbandes infolge der Truppen-transporte (es war dies noch Anfang Dezember des Vorjahres) nicht ausging, sei, könne eine solche Sitzung erst Anfang des neuen Jahres stattfinden. Ob dann eine Annahme der Grundrissen zu erreichen sein wird, sei zweifelhaft. Verlassen werden wir es."

Das letzte letzte Schreiben, die man uns also bereits Anfangs Dezember zeigte, wurde von uns vorläufig noch eine abwartende Haltung eingenommen und die Herren nur nochmals ermahnt, mitzuteilen, wann die Sitzung des Gesamtverbandes stattfinden werde; wir erklärten uns auch bereit, einen Vertreter zu derselben zu stellen, weil dann gleich allen Herren Zutritt hätte werden können, was uns eigentlich wolle. Aber wieder verstrichen vier Wochen, und erst in der zweiten Woche des Januar kam nachfolgendes Schreiben:

Berlin, 8. Januar 1919.

An den Generalsekretär der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgruppen Deutschlands, Hamburg, Besenbinderhof 57.

Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 12. v. M. teilten wir Ihnen ergebenst mit, daß die meisten Zweigverbände sich für einen Abbruch von Kollektivverträgen ausgesprochen haben, vielmehr verlangen, daß die Angelegenheit in einer Gesamtverbandssitzung durchgesprochen wird, wenn wieder ruhige Zeiten sind.

Wir sind sehr verständlich bereit, Ihnen mitzuteilen, wann die Gesamtverbandssitzung stattfinden, doch möchten wir Ihnen hiermit darauf aufmerksam machen, daß nicht der gewöhnliche Vorstand, sondern der Gesamtverband darüber zu entscheiden hat, ob Ihre Herren Vertreter zu der Sitzung zugelassen werden. Eine eventuelle Herrsche Vertreter hätte auch sehr auf Ihre Beachtung hin, eventuell nicht zugelassen werden, erfolgen.

Geschäftsführer:

Der geschäftsführende Vorstand:
1. Herrmann, Vorsitzender. Ernst, Syndikus.

Es muß immer noch die geringste Gewissheit, was die endgültige Gesinnung des Germaniabundes betreffen wird. Bei den Verkehr Verhältnissen der letzten

Zeit konnten wir natürlich inwiefern nicht weiter drängen; aber jetzt sind die Bäder bereits wieder abgebaut, und da müssen wir es hier einmal ausdrücklich sagen, daß es zweckmäßig ist, die Gebuld der Bäderarbeiter nicht noch auf eine längere Probe zu stellen! Im obigen Schreiben fehlt nicht nur jeder Hinweis auf einen ins Auge gefaßten Termin für Verhandlungen, aus ihm spricht eigentlich nichts weiter als eine vorläufige Abgabe. Wir wollen aber zunächst immer noch erwarten, daß man es sich gründlich überlegt, was es für das Gewerbe bedeutet, wenn man auf diesem Standpunkt beharren wollte! Die Bäderarbeiter haben gelernt, sich ihre Rechte zu erkämpfen.

Die Sonntagsarbeit im Konditoreibetrieb wieder eingeführt!

Nach § 8 des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bädereien und Konditoreien ist bekanntlich auch für letztere die Sonntagsarbeit gänzlich verboten worden. Es war vorauszusehen, daß die Konditormeister gegen die absolute Sonntagsruhe in der Backstube noch mehr Sturm laufen würden als die Bäckermeister; hatten wir doch im Gegensatz zur Bäderei für die Konditoren noch nirgends Bezirke, wo Sonntags die Arbeit gerufen hätte. Es war die schwere Schuld der Gehilfenschaft, daß sie mangels tatkräftiger Organisation hier noch nicht einmal vorbereitend gewirkt hätte und nicht einmal in der Lage gewesen war, die Sonntagsarbeit überhaupt irgendwie zu beeinflussen. Dieser Interesselosigkeit der Gehilfen und ihrem noch immer mangelhaften Zusammenhalt auf zentraler Basis haben sie es zu verdanken, daß ihnen jetzt die ihnen zugewandene Sonntagsruhe wieder genommen wird. Die Meisterchaft hat die Reichsregierung so lange betäubt, bis diese von dem gänzlichen Verbot der Sonntagsarbeit in den Konditoreibetrieben einen Schritt zurückweichen mußte. Nach einem Bericht der Innungspressen wurde von den Meistern für den Sonntag eine Mindestarbeitszeit von 4 Stunden zur Herstellung leicht verderblicher Waren gefordert. Darauf ging die Regierung nicht ein. Sie vertrat den Standpunkt, daß auf keinen Fall am Sonntag gearbeitet werden dürfe. Über noch länger Beratung wurde doch als Ergebnis erzielt, daß an Sonntagen in der Zeit von 6 1/2 bis 9 1/2 Uhr morgens Creme, Eis, Schlagahne und Speisen hergestellt werden können. Gebacken darf nicht werden. Den tätigen Gehilfen für die Arbeitsstunden an Sonntagen A 2 gezahlt werden, jeder zweite Sonntag ist ihnen ganz freigegeben und außerdem ist für die geleistete Sonntagsarbeit ein halber Tag in der Woche zu gewähren.

Es muß der Vorklaui der Verordnung abgewartet werden, um zu wissen, ob damit die Verletzung des Gesetzes über die Arbeitszeit um sein Vermenden hat. Wir glauben, daß die Konditoren trotz der Schwierigkeiten, die die erste Zeit der gänzlichen Sonntagsruhe in den Backstuben gebracht hätte, ihren früheren guten Zustand wieder erreichen könnte, sobald nur andere Einschränkungen der Gegenwart in Wegfall gekommen wären. Auch sind wir davon überzeugt, daß die meisten Gehilfen mit uns gegen die Wiedereinführung der Sonntagsarbeit protestieren. Die Meister und Unternehmer dagegen werden anerkennen müssen, daß auch die gegenwärtige Regierung ihre Interessen nicht unberücksichtigt läßt und nunmehr jedenfalls mehr als genug getan ist, um diese Interessen zu wahren. Klage sich die Gehilfenschaft jetzt oder vor allem tatkräftig organisieren, wenn sie nicht Gefahr laufen soll, daß ihre Arbeitsverhältnisse auch noch durch direkte Maßnahmen der Unternehmer weiter verschlechtert werden!

Die Tätigkeit der Fachauschüsse.

Trotz der klaren Bestimmungen im Gesetz über die Aufgaben der Fachauschüsse, kamen bei uns immer noch recht viele Anfragen über die Zusammenfassung und die Tätigkeit dieser Ausschüsse ein. Aus vielen Orten wird uns berichtet, daß sogar die Vergütungsvereine der Bäcker- und Konditorgehilfen Anspruch auf eine Vertretung in dem Fachauschuss erhoben. Ein solches Verlangen ist aber ganz und gar unzulässig. Im § 3 Absatz 2 heißt es ausdrücklich: Dabei sind Personen, die von den im Bezirke bestehenden Berufsvereinigungen des Bäderei- und Konditoreigewerbes vorge schlagen werden, nach dem Verhältnis der Zahl der im Bezirk tätigen Mitglieder der vorge schlagene Vereinigungen zu berücksichtigen. Hier ist also nur von Berufsvereinigungen die Rede, und als solche können doch nicht die lokalen Vergütungsvereine angesprochen werden. Mit demselben Recht könnten dann die Gehilfen, welche in anderen Sport-, Spar- und Vergütungsvereinen Mitglieder sind, eine Vertretung beanspruchen.

Wollen aber die lokalen Vereine auf eine besondere Vertretung großen Wert legen, dann handeln sie doch in ihrem eigenen Interesse klüger, wenn sie für den geschlossenen Bezirk ihrer Mitglieder in den gewerkschaftlichen Zentralverband der Bäcker und Konditoren sofort getreten wird. Dann wird sich die Organisation ohne weiteres auf den Standpunkt stellen, einen Verbandskollegen, der Vereinsmitglied ist, mit als Vertreter in Vorschlag zu bringen. In dieser Zeit scheint es uns recht überflüssig, nach des langen und breiten der Gehilfenschaft die Gründe auseinanderzusetzen, warum sich alle zentral gewerkschaftlich organisieren müssen. Wir glauben nicht, daß unter den Kollegen noch das Bestreben abzuwehrt, sich in lokalen Vergütungsvereinen zu sammeln, wo doch die Zeiten wahrlich so ernst sind, daß in allererster Linie auf eine vernünftige Gestaltung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gesehen werden muß. Sollen die Zeiten wiederkommen wie vor dem Krieg, daß die Kollegen in den Vergütungsvereinen ihre oberste Aufgabe erledigen und sich um die wirtschaftlichen und sozialen Fragen nicht kümmern, kann nicht recht halb von allen Ernsthenshaften, die von den während des Krieges in der Heimat vertriebenen Kollegen unter Einwirkung aller ihrer Kräfte erkämpft wurden, nichts mehr übrig bleiben als das graue Elend, das wir vor dem Krieg nicht oft genug verdammten und beklagten hatten. Darum ist der Zusammenhalt aller Kollegen ganz und unumgänglichen Pflicht geworden.

Die Vertretung der Gehilfeninteressen in den Fachauschüssen läßt sich nur dann verwirklichen, wenn der geschlossenen organisierten Arbeitgebern auch eine vollzählig organisierte Gehilfenschaft gegenüber steht. Der Gesetzgeber hat daher in dieser Erkenntnis nur die Berufsvereinigungen mit der Vertretung in den Fachauschüssen betraut und ist viel wichtiger gewesen als die Kollegen in einigen Orten, die nun eine Sondervertretung für den Vergütungsverein haben wollen.

Die Aufgaben der Fachauschüsse sind von großer Wichtigkeit und können nur dann für die Gehilfenschaft von Erfolg sein, wenn die richtigen Kollegen an den richtigen Platz kommen. Es müssen daher die tüchtigsten Kollegen als Vertreter für diese Einrichtung in Vorschlag gebracht werden. Die Bezirksleiter dürfen die Vertretung unter keinen Umständen ablehnen.

Im § 4 der Verordnung sind die Aufgaben zusammengefaßt:

Die Fachauschüsse sind vor Erlaß wichtiger Anordnungen, die das Bäderei- und Konditoreigewerbe ihres Bezirkes, insbesondere die Mehlverteilung, betreffen, zu hören. Sie haben bei der Regelung des Lehrlingswesens im Bäderei- und Konditoreigewerbe mitzumirken und die Beseitigung der auf diesem Gebiete bestehenden Mißstände, nütigenfalls unter Anrufung der Gewerbeaufsichtsbeamten, herbeizuführen. Auch im übrigen können sie Wünsche und Anträge, die sich auf die Verhältnisse des Bäderei- und Konditoreigewerbes beziehen, beraten und zur Kenntnis der zuständigen Behörden bringen.

Schon daraus ergibt sich, daß die besten unserer Mitglieder als Vertreter in den Fachauschüssen in Vorschlag gebracht werden müssen. Kollegen, welche sich noch niemals um wirtschaftliche und soziale Berufsangelegenheiten gekümmert haben, können unmöglich dort mit Erfolg die Gehilfeninteressen wahrnehmen. Am allerwenigsten dürfen wir aber solchen Kollegen die große Verantwortung anvertrauen, die von vornherein in allen Fragen mit den Arbeitgebern durch und durch gehen würden und nicht einmal neben ihrer Verständnislosigkeit den Mut besitzen, die Gehilfeninteressen wahrzunehmen. Unsere Mitglieder müssen in den Fachauschüssen verstehen, die Führung in allen Fragen zu übernehmen und sich nicht stumm in die Ecke drücken lassen.

Wir haben auch schon Beispiele dafür, wie segensreich in den Fachauschüssen für die Kollegenchaft gearbeitet werden kann. Der Fachauschuss hat bei der Mehlverteilung in den Kommunalverbänden ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Die der Gerechtigkeit höhnsprechenden Zustände, wie sie in den Mehlverteilungsgesellschaften bestanden, wo recht oft nach Gunst und Wetterwirtschaft gehandelt wurde, werden dadurch gründlich beseitigt. Heute hat der Fachauschuss zu bestimmen, wie in der Zuweisung von Mehl für die einzelnen Betriebe verfahren werden muß. Aus Berlin wird uns berichtet, daß der Fachauschuss bei der Mehlverteilung durchgreifende Forderungen getroffen hat. Es wurde zunächst beschlossen, daß als Mindestgrenze für die Verteilung der Bädereien, die keine Gesellen beschäftigen, 8 Doppelzentner, mit einem Gesellen 12 Doppelzentner, in Bädereien, in denen der Meister selbst mit einem Gesellen mitarbeitet, 15 Doppelzentner wöchentlich gewährt werden sollen. Auf Lehrlinge wird prinzipiell ein Quantum Mehl nicht extra gegeben. Wo Lehrlinge überflüssig sind, hat es Herr Sturm im Auftrage der Innung übernommen, diese überflüssigen Lehrlinge wo anders unterzubringen.

Wir hatten auch dieses ansehnliche Quantum von Mehl noch überreichlich hoch für solche Unternehmer, die sich nur durch die Mehlzucht bereichern. Immerhin hat aber dieser Beschluß für die vielen arbeitslosen Kollegen in Berlin einen ganz schönen Erfolg gebracht, indem dadurch viele Bäckermeister dazu übergingen, Gesellen zu beschäftigen.

In gleicher Weise muß sofort von den Fachauschüssen überall vorgegangen werden. Wir müssen alles daran setzen, daß die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen baldmöglichst wieder in Arbeit gebracht werden können. Das beste Mittel ist, solchen Unternehmern, welche nur Lehrlinge beschäftigen oder weit mehr Lehrlinge halten als Gesellen, weniger Mehl zuzuwenden als den Meistern, die keine Lehrlinge und nur Gesellen beschäftigen. Es muß dann unter allen Umständen in den Fachauschüssen durchgesetzt werden, daß auf ein bestimmtes Quantum zugemessenen Mehles ein Gehilfe beschäftigt werden muß. Nur dann wird es uns gelingen, die erschreckend hohe Lehrlingsziffer einzuschränken und eine große Anzahl von den vielen auf der Straße liegenden arbeitslosen Kollegen in Arbeit bringen zu können. Wir mühen dadurch unsere Kriegsteilnehmer viel mehr als die Maulhelden, die ihnen unzählige Male den Dant des Vaterlandes in den süßesten Worten versprochen, aber jetzt nicht daran denken, ihr Versprechen einzulösen.

Wir müssen daher darauf dringen, daß in allen Orten, wo die Fachauschüsse schon eingesetzt sind, darüber Beschluß herbeigeführt wird, die Anweisung des Mehles nach obigen Gesichtspunkten zu regeln. In allen anderen Orten, wo Fachauschüsse noch nicht eingesetzt sind — wie wir aus vielen Orten in Erfahrung bringen konnten, lassen sich die Behörden dazu sehr viel Zeit, obwohl das Gesetz am 15. Dezember in Kraft getreten ist —, müssen sofort unsere Vertreter für den Fachauschuss in Vorschlag gebracht und auf die Einberufung der Sitzung gedrungen werden.

Tarifvertrag mit der Schokolade- und Zuckerwarenfabrik Moser-Roth in Stuttgart.

Einen großen Erfolg hat die Fabrik Stuttgart zu verzeichnen. Mit der größten Form der Schokoladeindustrie am Plage, die in Friedenszeiten auch die größte in Südwestdeutschland zu gelten hatte, wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bereits geregelt. Heute ist die Zahl der Beschäftigten im Betriebe allerdings infolge Mangel an Rohstoffen fast zurückgegangen. Zu wünschen

wäre es, daß dem Beispiele der vorliegenden Vereinbarung nicht nur die übrigen Betriebe am Orte folgen würden...

Zur Lohnbewegung in den Süßwarenbetrieben Stettins.

Auch in der Süßwarenindustrie Stettins schreibt unsere Organisation am Orte rüstig vorwärts. In einer Betriebsversammlung der Firma Krey...

Zur Bewegung der Bäcker in Stettin.

Wie in allen andern Städten Deutschlands, so ist auch in Stettin die neue Zeit nicht spurlos vorübergegangen. Die Stettiner Bäckergehilfen stellten in einer von über 250 Kollegen besuchten öffentlichen Versammlung ihre den jetzigen Verhältnissen entsprechenden, noch bestehenden gehaltenen Forderungen auf.

Carifabschluß in Kiel.

Für das gesamte Bäckergewerbe in Kiel, also für die Brotfabriken sowohl wie für die Bäckertätigkeit, sind in der letzten Zeit die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt worden.

Zur Lohnbewegung in Frankfurt a. M.

In überfüllten Säulen „Zum Storch“ sprach Kollege Mummert über die gegenwärtige Situation im Bäder- und Konditorgewerbe. Er verlangte entscheidende Beschlüsse in der Frage der Lohnbewegung.

triebe mit Vorkamerstellen, dazu eine große Schichtungs- gächterei. Zudem es unmöglich, daß die Organisation die Durchführung der gefälligen Bestimmungen allein erzwingen könne.

Mit dem Konsumverein Frankfurt a. M. und Umgegend wurde der Sechshunderttag vereinbart und der Mindestlohn, einschließlich Feuerungszulage, auf 4 60 festgesetzt, bemeintlich die Erhöhung für alle Kollegen.

Wegen Durchführung des Sechshunderttages und Erhöhung des Lohnes in allen übrigen Brotfabriken und Kleinbetrieben ist das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen, da eine Einigung nicht zu erzielen war.

Schört Offenbach a. M. zum Deutschen Reiche?

Diese Frage muß man sich vorlegen, wenn man die Zustände dort sieht. Das Nachtarbeitverbot ist Reichsrecht, mit Ausnahme Offenbachs; denn dort wird noch wie vor 12 bis 13 Stunden gearbeitet, ebenfalls Sonntags, wie bisher.

Eine Konferenz der Vertreter aller bayerischen Garnisonbäckereien

Janz am 5. Januar in Ingolstadt statt, um über ihre Verhältnisse und die Forderungen an die Regierung zu beraten. Nach vierstündiger Beratung wurde beschlossen, die Verhandlung zu beauftragen, die angenommenen Anträge beim Ministerium einzurücken und persönlich zu vertreten.

Verbandsnachrichten.

Quittung.

Vom 6. bis zum 18. Januar gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein: Für November: Biersen A. 33,40. Für Dezember: Landshut A. 233,75, Duisburg 166,60, Siendal 25,15, Bernburg 82,05, Weisenfels 82,88, Eisenach 54,25, Chemnitz 583,15, München 2287,90, Gießen-Weylar 71,85, Grimmschau 31,35, Schweinfurt 64,80, Düsseldorf 256, Magdeburg 1497,25, Stettin 372,25, Waldenburg 64,75, Langenmünde 256,70, Hamburg 756,70, Hofst. 86, Umbach 48,10, Hofheim 61, Lüdenscheid 55,40, Götting 111,45, Greifeld 33,80, Kästringen 294,70, Puf a. d. E. 134,00, Hannover 2104,95, Jüterbog 31,60, Bromberg 162,05, Nürnberg 1509,55, Augsburg 64,55, Sagan-Sorau 103,20, Homburg v. d. H. 68,55, Altenburg 103,90, Striegau 14,80, Böhmisch i. Erg. 100,25, Pflanzburg 69,95, Mannheim 527,30, Karlsruhe 84,30, Erfurt 174,50, Hildesheim 10,65, Schwertin 63,70, Dortmund 293,65, Rudolstadt 199,85, Sonneberg 98,20, Gassel 702,75, Meisen 60,90, Osnabrück 129, Pflanzburg 262,95, Halle 1862,10, Reih 278,20, Elberfeld 478,90, Meinerzh. 73,90, Braunschweig 156,45, Bremerhaven 142,75, Ditzberg 41,75, Danzig 509,55, Plauen i. S. 57,60, Dreyerth 113,45, Darmstadt 43,30, Solingen 101,45, Essen 1011,40, Hilda 75,15, Brandenburg 198,35, Götlich 175,90, Schmüden 36,10, Dessau 64,60, Leisnig-Döbeln 46,10, Herford 406,15, Biersen 47,70, Wiesbaden 456,70, Stuttgart 841,80, Kiel 715,55, Erlingen 36,75, Greifeld 39,05, Ulmberg 63,55, Dresden 1156,50, Jena 66,60, Fort i. d. S. 86,20, Weiskopf 1086,80, Dresden 2990,85, Köln 1089,25, Saarbrücken 258, Berlin 17092,70, Leipzig 1515,05, Wiesbaden 456,74, Mainz 352,10, Frankfurt a. M. 1678,55, Oldenburg 110,80, Strach 48,78, Bürgburg 225,60.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: H. B. (im Felde) A. 6, A. H. Johanngeorgsbad 21,70, J. M. Wustfeld 1,60, P. R. Wismar 24, F. R. Pöschel 66,30, H. C. Delve 5,90, J. C. Bledde 12, F. B. Mühlert 8,30, C. E. Kottorn 10.

Für Abonnements und Anzeigen: Offingen A. 3,90, Essen a. M. 2, Leipzig-Meuditz 79,20, Bielefeld 7. Für Geschichte der Bäcker- und Konditorei-Bewegung: Halle A. 9. Für Protokolle vom Verbandstag: Götting A. 1,80.

Mit der Hauptkasse rechnen für Dezember: Bad Neichenhall, Freiburg, Garburg, Regensburg und Traunstein. Abrechnung ohne Geld gefandt: Sahl. Der Hauptkassierer, O. Freitag.

Ans den Bezirken.

Hannover. Die beiden Bäckergewerkschaften von Hannover und Linden, die Vereinigung der Großbäckereien Hannover-Linden und Umgegend sowie der Feinstarkbäcker der Bäcker und Konditoren haben am 15. Januar einen paritätischen Arbeitsnachweis für das Bäder- und Konditorgewerbe gegründet.

Sterbetafel.

Korst i. d. L. Richard Berger, am 31. November 1918. Ehre seinem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäder.

Die Firma Gebrüder Reiter in Landsht hat um wiederum die Wünsche ihrer Arbeiter glatt erfüllt, indem sie folgende Vereinbarung mit dem Verbands abschloß: Zwischen Unterzeichneten wurde (nachdem mit der Bäckertätigkeit Landsht vor dem Einigungsamt eine neue Lohnregelung getroffen wurde) vereinbart, daß sämtliche Löhne der in der Brotfabrik Reiter beschäftigten Bäder um 4 5 pro Woche erhöht werden.

Korrespondenzen.

Generalversammlungen.

Gen. Am 5. Januar fand unsere Generalversammlung im Gasthaus zu Hainberg statt, die gut besucht war. Kollege Trenzki begrüßte die zahlreich aus dem Felde Zurückgekehrten und wünschte, daß sie die Kriegskämpfer nun auch glücklich überstanden hätten. Wenn auch unser Wunsch nicht ganz in Erfüllung gegangen ist, daß die Generalversammlung im Frieden stattfinden möge, so hat doch wenigstens das Massenmorden aufgehört.

Am 8. Januar fand hier eine Versammlung mit der Brüderkraft statt. Die Kollegen erklärten an, daß sie sich einer gewerkschaftlichen Organisation anschließen möchten und daß es so nicht weiter gehen könne. Es wurden 15 Aufnahmen gemacht. Auch hier geht es vorwärts, darauf, Kollegen, frisch ans Werk!

Siedensfeld. Am 4. Januar fand im „Selbstverwalter“... die 4. ordentliche Generalversammlung statt.

Damit wäre in Siedensfeld der Grundstein zu neuen gewerkschaftlichen Leben gelegt.

München. Eine Jahresabschlussversammlung, wie sie die Zeitschrift seit 1915 nicht mehr hatte, fand hier am 10. Januar statt.

Buhl. Am 5. Januar fand im Reizein des Bezirksleiters Steger, Erfurt, unsere Generalversammlung in „Dornbergs Kuppel“ statt.

getrieben. Auf Antrag des Kollegen Stein wurde dem Kollegen Wood Entlastung erteilt.

Striegau. Am 6. Januar tagte seit 5 Jahren zum ersten Male wieder eine Generalversammlung der Zahlstelle Striegau.

Bader. In einer öffentlichen Versammlung wurde Bericht über den Tarifabschluss mit dem Verband Deutscher Brotfabrikanten...

Schweidnitz. Durch Agitation der Striegauer Kollegen ist es endlich auch einmal in Schweidnitz möglich gewesen, eine öffentliche Wälderversammlung stattfinden zu lassen.

Etzold. Am 12. Januar fand im Saale von Boigt eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Boigt, Regensburg über die Verzinsung der Volksbeiratsfragen vom 25. November 1918 sprach.

Fabrikbranche. Bismarck i. Th. Am 6. Januar fand eine gut besuchte Versammlung im „Mittengarten“ statt.

800 an Zahl, auf in treuer Pflichterfüllung dem nunmehr tätigen Vorstand Folge zu leisten, was mit Begeisterung von allen Anwesenden gelobt wurde.

Wegen Raummangels mussten einige Berichte zurückgestellt werden.

Spätestens am 25. Januar in der 5. Wochenzeitung für 1919 (26. Januar bis 1. Februar) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

- Donnerstag, 26. Januar: Bochum: „Zum goldenen Löwen“, Gde. Roock- und Kottstraße. — Jülich: 10 Uhr im „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz.

Anzeigen.

Nachruf. Die Zahlstelle Elberfeld-Barmen beklagt als Opfer des Weltkrieges folgende 14 Kollegen, von denen die einen 8 gefallen, die anderen in der Heimat in Lazaretten gestorben sind.

Zahlstelle Nürnberg-Fürth. Sonntag, 2. Februar 1919, nachmittags 2 1/2 Uhr: Generalversammlung im „Historischen Hof“, Neuegasse.

Büchereinrichtung. Ordnen, Nachtragen, Abschlag, prompt und gewissenhaft. Johannes G. W. Müller, Hamburg, Alte Bäckerstr. 18.

Kontrollkassen. National Totaladdierer, ältere und neuere Modelle, kaufen wir gegen bar. Offerten unter Fa. G. 127 an Rudolf Mosse, Berlin W., Tauentzienstr. 2.

„Ruchensrutsch“. bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Probierlo M. 750, von 5 kg an à M. 7. Sehr zu empfehlen! Liebing & Co., G. m. b. H., Leipzig-R. 5, Kohlgrabenstraße 8.

la. Holz-Streumehl. à Zentner M. 17 mit Jute sack, bei 10 Zentnern à Zentner M. 16 inklusive Sack, bei 100 Zentnern à Zentner M. 14 inklusive Sack, ab Station Leipzig empfehlen Liebing & Co., G. m. b. H., Leipzig-R. 5, Kohlgrabenstr. 8.